

Um so wichtiger werden die Persönlichkeiten, aus denen die Prüfstellen sich zusammensetzen und in denen die Regierung, wie bereits erwähnt, die einzige Garantie dafür sieht, daß nicht einseitige Begriffsbestimmungen von Schund und Schmutz sich herausbilden, wobei die Gefahr der Einseitigkeit in gewissem Sinne von vornherein gar nicht auszuschalten ist, weil ja bestimmungsgemäß alles unter dem Gesichtswinkel der Bewahrung der Jugend vor Schund und Schmutz gesehen werden muß. Die Prüfstelle besteht aus einem beamteten Vorsitzenden und sechs Sachverständigen. Der Vorsitzende: Er braucht keine andere Eignung mitzubringen, als daß er beamtet ist. Er braucht — an sich kein Nachteil — kein Jurist zu sein, er wird bestimmt kein Richter sein, er kann ein Lehrer, ein Geistlicher sein, ja, er kann erst ad hoc beamtet werden. Vorausichtlich wird man einen Verwaltungsbeamten bestimmen; daß der sich je mit Literatur und Kunst befaßt habe, ist nicht vorausgesetzt, auch nicht, daß er Schund und Schmutz kennt. Die sechs Sachverständigen werden entnommen: einer aus den Kreisen der Kunst und Literatur, einer aus den Kreisen des Buch- und Kunsthandels, dagegen je zwei aus den Kreisen der Jugendwohlfahrt und Jugendorganisationen sowie der Lehrerschaft und Volksbildungsorganisationen; also wohlgemerkt im ganzen nur zwei aus den betroffenen Kreisen, dagegen vier aus den Hütern der Jugend.

Wer sucht sie aus? Die Ministerien der Länder auf Grund von Vorschlägen der Verbände, wobei sie jedoch gezwungen sind, »die Vertreter der Körperschaften des öffentlichen Rechts nach Art. 137 der Reichsverfassung« besonders zu berücksichtigen, und zwar in allen Gruppen. Das ist etwas schamhaft ausgedrückt und fällt darum geradezu auf. Denn nichts hinderte, diese Körperschaften beim Namen zu nennen; es sind die staatlich anerkannten Religionsgesellschaften, und ihre Vertreter sind die Geistlichen, die also in sämtlichen Sachverständigengruppen vertreten sein und demgemäß möglicherweise das Übergewicht in den Prüfstellen auch zahlenmäßig haben können. Wenn nun fünf dieser sieben Herren oder Damen — es können auch Damen sein — dafür sind, dann kommt die Schrift auf den Index. Die beiden Vertreter derjenigen Kreise, die materiell betroffen werden, der Verfasser- und Verlegervertreter, können mit ihrer Meinung allein bleiben. Nicht uninteressant ist, daß die Regierungsvorlage nur vier Sachverständige vorgesehen hatte, nämlich aus allen den genannten Gruppen je einen; der Reichstag hat jedoch den beiden Gruppen der Jugendpflege die Zahl ihrer Vertreter verdoppelt.

An die Prüfstelle kommt ein Buch auf jedem beliebigen Wege. Als besonders antragsberechtigt sind die Landeszentralbehörden und die Landesjugendämter genannt; es besteht aber kein Zweifel, daß jeder einen Antrag bei der Prüfstelle einreichen kann, unmittelbar oder auf dem Umwege über eine Behörde; anonyme Übersendung eines Buches kann genügen, um das Verfahren zu veranlassen.

Über den Prüfstellen steht die beim Reichsministerium des Innern zu bildende Oberprüfstelle. An sie gelangt die Sache dann, wenn das Reich, ein Land, der Verleger oder Verfasser gegen Aufnahme eines Werkes in die Liste oder auf Streichung von der Liste antragen. Die ersteren können das unbeschränkt, Verfasser oder Verleger nur innerhalb einer vierzehntägigen Frist. Das Beschwerderecht des Reichs und der Länder ist das einzige Korrektiv dafür, daß die Prüfstellen mit Wirkung für das ganze Reichsgebiet entscheiden.

Lehnt die Prüfstelle einen Antrag auf Ausnahme in die Liste ab, so können die Antragsberechtigten, weiter aber auch der Vorsitzende oder zwei Beisitzer, die an der Entscheidung beteiligt waren, Beschwerde bei der Oberprüfstelle einlegen. Wir haben hier die gesetzgeberische Überraschung, daß Richter, die bei der Entscheidung überstimmt wurden und sich in allen sonstigen Fällen der Majorität fügen müßten, selbständig das Recht haben, zu appellieren, n. b. aber nur, wenn die Aufnahme in die Liste abgelehnt ist, nicht etwa auch dann, wenn die Aufnahme ausgesprochen ist. Hier wird eine Tendenz sichtbar, die den objektiven Beurteiler verstimmen muß.

Die Oberprüfstelle besteht aus einem Vertreter des Ministeriums als Vorsitzendem, zwei vom Reichsrat gewählten Beisitzern und je einem Sachverständigen der gleichen Gruppen, die bei der Prüfstelle vertreten sind, also im ganzen aus sieben Mitgliedern. Sie entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit, fünf Stimmen sind aber erforderlich, wenn der Antrag auf Streichung aus der Liste abgelehnt oder der Beschwerde wegen Nichtaufnahme in die Liste stattgegeben werden soll. Auch für die Oberprüfstelle erfahren wir nichts über den Verfahrensgang. Wir sind darauf angewiesen, was der Innenminister in seinen Ausführungsbestimmungen bringen wird. Ein Urteil über die Prüfstellen wird man natürlich erst abgeben können, wenn man sie in

Tätigkeit gesehen hat. Es besteht die Möglichkeit, daß sie allen Anforderungen gerecht werden. Es besteht jedoch eher die Befürchtung, daß ihre Zusammensetzung, der unkontrollierbare und von keinerlei Rechtsgarantie umgebene Verfahrensgang sie verleiten, ihre Befugnis möglichst weit auszudehnen und auszunutzen, sicher mit dem Willen, der Sache der Jugend zu dienen, aber ebenso sicher ohne Rücksicht auf die weitgreifenden Interessen ganzer Volkskreise. Die Gefahren, die hier greifbar drohen, auszumalen, ist indessen nicht Sache meines Referats.

Was Sie noch wissen müssen, sind die Wirkungen, die eintreten, wenn ein Buch als Schund- oder Schmutzschrift in die Liste aufgenommen ist. Zunächst einmal wirkt selbstverständlich die Tatsache der Aufnahme diffamierend für Verfasser und Verleger, zumal da bis jetzt keine Bestimmung darüber besteht, ob die Liste selbst zwischen Schund und Schmutz eine Unterscheidung treffen wird. Neben diesen moralischen Auswirkungen stehen aber die materiellen: Aufgenommene Schriften sind Beschränkungen unterworfen, die in Wahrheit eine Mundtotmachung, ein Verschwinden vom Büchermarkt bedeuten. Sie dürfen im stehenden Gewerbe, im Umherziehen, öffentlich nicht feilgehalten und nicht angekündigt werden, es dürfen auf sie keine Bestellungen gesucht werden, sie dürfen innerhalb der Verkaufsräume, im Schaufenster oder an anderen von der Straße aus sichtbaren Orten nicht zur Schau gestellt werden, sie dürfen Personen unter 18 Jahren weder zum Kauf angeboten, noch gewerblich entgeltlich oder unentgeltlich überlassen werden, sie dürfen auch nicht von Mund zu Mund oder schriftlich angepriesen werden mit dem Hinweis, daß ein Verfahren wegen Aufnahme in die Liste anhängig ist oder anhängig gewesen ist. Wer dagegen verfehlt, wird bestraft.

Hier sehen Sie die früher schon gestreifte Hinauswirkung des Gesetzes über den Kreis der Jugendlichen. Kein erwachsener Mensch bekommt ein solches Buch beim Buchhändler zu Gesicht, es sei denn, der Buchhändler zieht es aus seinem Kasten hervor und zeigt es ihm, wobei er jedoch beileibe nicht sagen darf, daß das Buch auf der Liste steht. Mit anderen Worten: der reguläre Vertrieb des Buches ist unterbunden. Man kann die Entscheidungen der Prüfstellen nur nachprüfen, wenn man sich an der Hand der Liste die Bücher beschafft.

Die Schund- oder Schmutzschrift kann aber auch eine Zeitung oder eine Zeitschrift sein. Erfahren zwei Nummern innerhalb Jahresfrist das Schicksal der Aufnahme in die Liste, so kann die Zeitung oder Zeitschrift selbst als Ganzes auf 3–12 Monate auf die Liste gesetzt werden, mit all den oben umschriebenen Folgen. Nur politische Tageszeitungen sind ausgenommen.

Noch eine Ausnahme prangt im Gesetz, ein Schönheitspflaster ohne weitgehende praktische Tragweite: Wegen ihrer politischen, sozialen, religiösen, ethischen oder weltanschaulichen Tendenz als solcher kann eine Schrift nicht auf die Liste gesetzt werden! Diese vom Reichstagsausschuß in den Entwurf eingefügte Bestimmung ist eine billige Konzession politischer Parteien an die andere Seite. Wenn die Prüfstelle eine Schrift auf die Liste setzen will, wird, wenn überhaupt ein Begründungszwang bestehen sollte, leicht eine Begründung zu finden sein, die dieser Bestimmung gerecht wird.

Damit ist der Inhalt des Gesetzes erschöpft. Beachten Sie, daß die Prüfstellen, diese neuen Organe für Schmutz und Schund, eine Nachbefugnis haben, die weit über die richterliche Befugnis hinausgeht, ja daß sie Urteile der ordentlichen Gerichte geradezu sabotieren können. Das neue Gesetz überschneidet teilweise die Bestimmungen unseres Strafgesetzbuches, das die Verbreitung unzüchtiger Schriften oder solcher, die das Schamgefühl gröblich verletzen, verbietet. Wir wissen aus mancherlei Erfahrungen gerade der letzten Jahre, daß Namen und Werke wie Boccaccio, Bionello, Goethes Venetianische Epigramme, von manchen Neuere zu schweigen, die Beurteilung des Strafrichters auf ihre angebliche Unzüchtigkeit hin zu bestehen hatten. Gelang es auch meist, dem ordentlichen Richter davon zu überzeugen, daß es sich hier um reine Kunstwerke handle, nichts hindert die Prüfstellen, solche und andere gleichwertige Bücher ihrerseits auf die Liste zu setzen und dies damit zu begründen, daß vom Standpunkt des Schutzes der Jugend aus betrachtet es sich um Schmutz und Schund handle. Hat ein Verleger und Autor die Scylla strafrechtlicher Verantwortung glücklich umschifft, nichts bewahrt ihn davor, von der Charibdis einer Prüfstelle verschlungen zu werden. Vor allem der dehnbare Begriff des Schundes, betrachtet aus dem Gesichtswinkel des Jugendschutzes, bedeutet eine sichtbare Gefahr für alles werdende in Literatur und Kunst.